

Veranstaltung zum 90. Jahrestag des 12. Februar 1934
Donnerstag, 8. & Freitag, 9. Februar 2024: Tribüne Linz
Freitag, 9. Februar 2024: Kurdirektion Buchhandlung Bad Ischl

„...DEN TATBESTAND LEUGNEN, NICHT DIE GESINNUNG“

Maria Hofstätter liest aus „Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft“

Andreas Kranebitter, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, erläutert historische Zusammenhänge.

Inga Lynch, Blues-Sängerin, begleitet mit Gitarre und Gesang



Informationen zu Ereignissen und Kontexten

ZUM BUCH

Maria Hofstätter liest aus einem Buch, das vom Widerstand Marie Jahodas und anderer sozialdemokratischer Aktivist:innen gegen die Diktatur erzählt:



Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft.

Johann Bacher,
Waltraud Kannonier-Finster und
Meinrad Ziegler. 2022.

Innsbruck: Studienverlag.

In Vorwort betont Friedrich Forsthuber, Präsident des Landesgerichts für Strafsachen Wien, dass die politische Entwicklung in der Zwischenkriegszeit und das Beispiel Jahoda zeigen, dass Demokratie nicht selbstverständlich und politische Bildung daher wichtig ist.

Seine Ausführungen enden mit dem Zitat:

„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur wieder auf.“

Nach einer Einleitung durch die Herausgeber:innen rekonstruieren Meinrad Ziegler und Horst Schreiber im Hauptteil des Buches die Haft von Marie Jahoda. Grundlagen ihrer an einer Erzählung orientierten wissenschaftlichen Darstellung sind der rund 450 Seiten umfassende Gerichtsakt sowie veröffentlichte Erinnerungen und Interviews mit Marie Jahoda.

Das System der Mehrfachbestrafung analysiert Andreas Kranebitter in seinem Beitrag als ein Instrument des autoritären Dollfuß-Schuschnigg-Regimes zur Verfolgung von politischen Gegner:innen und zur Unterdrückung von Widerstand. Darüber hinaus thematisiert er die Schwierigkeiten der Wiedergutmachung nach dem Zweiten Weltkrieg, denen vom Dollfuß-Schuschnigg-Regime verfolgte Personen in Österreich ausgesetzt waren.

Der Frage nach den unterschiedlichen Formen und Möglichkeiten politischen Engagements geht Christian Fleck am Beispiel von Marie Jahoda nach und beschreibt in seinem Beitrag zudem, welche Merkmale Untergrundarbeit kennzeichnen.

Ein inhaltliches Anliegen der Herausgeber:innen war es auch, Lotte Bailyn, die Tochter von Marie Jahoda, persönlich zu Wort kommen zu lassen. In ihrem Beitrag schildert sie ihre Erinnerung an das Leben in Wien als Kind und die Inhaftierung ihrer Mutter.

Das Buch enthält zahlreiche Abbildungen. Künstlerisch gestaltete Trennblätter und das Cover bringen zum Ausdruck, dass den Herausgeber:innen die Würdigung von Marie Jahoda ein besonderes wichtiges Anliegen ist.

ÖSTERREICH NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

Mit dem Ersten Weltkrieg endete auch die Monarchie und Österreich wurde zur Republik. Die politischen Lager der jungen Demokratie waren die Sozialdemokratie einerseits und die Bürgerlichen, die sich in Christlichsoziale und Deutschnationale unterteilten, andererseits. Beide Lager gründeten paramilitärischen Einheiten, die Sozialdemokraten den republikanischen Schutzbund und die Christlichsozialen die Heimwehr.

Im Jänner 1927 beschossen in Schattendorf, Burgenland, rechtsextreme, paramilitärische Mitglieder der Frontkämpferversammlung eine Gruppe Schutzbündler und töteten dabei einen Kriegsinvaliden und ein Kind, wurden im folgenden Verfahren aber in allen Punkten freigesprochen. Die Empörung machte sich durch Streiks, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen Luft; und am 15. Juli 1927 stürmten die Protestierenden schließlich den Wiener Justizpalast als Zeichen der Klassenjustiz und setzten ihn in Brand. Der Polizeipräsident gab den Schießbefehl, es gab 89 Todesopfer und 600 Verletzte. Die geforderte Aufklärung durch das Parlament wurde abgelehnt.

Das war der Anfang vom Ende der Ersten Republik.



1927: Brand des Justizpalastes als Höhepunkt der Proteste ©VGA Archiv

DIE ERRICHTUNG EINER AUTORITÄREN DIKTATUR IN ÖSTERREICH

In der Folge erstarkte die radikale Rechte, während sich die Sozialdemokratie auf dem Rückzug befand. Ab 1929 schwächte die Weltwirtschaftskrise die Arbeiter:innenbewegung zusätzlich. Die Konflikte zwischen den politischen Lagern verschärfen sich Anfang der 30er Jahre zusehends. Neben den Sozialdemokrat:innen und Christlichsozialen waren die Großdeutschen und Nationalsozialisten eine immer stärker agierende Kraft.

1933 kam es zur Auflösung des Parlaments. Die Christlichsoziale Partei übernahm unter dem damaligen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die Macht und regierte mit Notstandsverordnungen. Versuche der Opposition, die parlamentarische Arbeit wiederaufzunehmen, wurden vereitelt. Ziel der Regierung unter Dollfuß war die Errichtung einer autoritären Diktatur, dem „Ständestaat“.

Die Entwicklung in Österreich kann nicht isoliert von den politischen Ereignissen in anderen europäischen Ländern betrachtet werden. 1933 war das Jahr der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland. Benito Mussolini war bereits 1922 in Italien an die Macht gekommen. Hitler, Mussolini und Dollfuß waren Politiker, die mit den von ihnen begründeten Ideologien und Systemen versuchten, die parlamentarischen Demokratien abzulösen, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. Sie teilten auch das Motiv, den politischen Einfluss der Arbeiterbewegung in ihren Ländern zu schwächen und auszuschalten. Diese Gemeinsamkeiten zu sehen ist wichtig. Dennoch verfolgte jeder auch eigene nationale Ziele. Dollfuß glaubte, durch ein Bündnis mit Italien die Selbständigkeit Österreichs gegenüber Deutschland abzusichern zu können.

1933 wurden die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei in Österreich verboten. Ebenfalls verboten wurde in diesem Jahr der Republikanische Schutzbund, die paramilitärische Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der 1924 als Gegengewicht zur bereits bestehenden, ebenfalls paramilitärischen Heimwehr der Christlichsozialen gegründet worden war.

DER 12. FEBRUAR 1934 IN LINZ

Die Kämpfe des 12. Februar 1934 waren blutiger Höhepunkt der politischen Spannungen zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der autoritären Regierung. Nach der Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 regierte Engelbert Dollfuß mithilfe des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917. Die geltende Prämisse lautete: „Die Sozialdemokratie Glied für Glied zum Krüppel schlagen“, und in diesem Zuge wurden andersdenkende Vereinigungen wie Schutzbund, Kommunistische Partei und Freidenkerbund verboten, die Arbeiterpresse zensuriert und öffentliche Parteiversammlungen verboten. Immer wieder kam es zu Durchsuchungen der Arbeiterheime, privater Wohnungen und der Inhaftierung von Funktionär:innen.

Als Anfang Februar 1934 praktisch die gesamte Führung des Schutzbundes verhaftet wird und Vizekanzler und Wiener Heimwehrführer Emil Fey weitere Aktionen ankündigt, ruft der oberösterreichische Schutzbundführer Richard Bernaschek zum Widerstand auf. Der Schutzbund bringt sich in der Nacht zum 12. Februar in Stellung, um die Räumung ihrer Waffenlager zu verhindern. Bei einer Waffensuche im Linzer Parteiheim im Hotel Schiff wird das Feuer eröffnet, die Kämpfe beginnen. Hauptkampforte sind das Hotel Schiff (Landstraße 36) und die Innenstadt, die Dorphalle (südliches Ende der Franckstraße), der Südbahnhof (Diesterwegschule und Eisenhandkreuzung), der Wirtschaftshof und der Polygonplatz (heute Bulgariplatz). Der Widerstand spricht sich rasch herum, in Folge brechen in den Wiener

Arbeiterbezirken und in den oberösterreichischen und steirischen Industrieregionen Kämpfe aus. Der (erhoffte) landesweite Generalstreik bleibt aber aus.

Die Kämpfe in Linz endeten bereits am 13. Februar. Der für alle Seiten überraschende Ausbruch hatte zu fehlender Koordination auf Seiten der Sozialdemokrat:innen geführt, während die Bundesregierung Exekutive, Heimwehr und Bundesheer zur Bekämpfung einsetzte. 300 Tote und 800 Verletzte waren die Folge. In Standgerichtsverfahren wurden 22 Todesurteile gefällt, neun davon wurden vollstreckt.



Februar 1934: Verhaftung von Mitgliedern des Schutzbundes auf der Landstraße in Linz

DIE FOLGEN

Nach den Februarkämpfen griff die Regierung hart durch: 21 Anführer der Aufständischen wurden zum Tode verurteilt, tausende Verhaftete in Anhaltelagern interniert. Führende Sozialdemokraten wie Otto Bauer und Julius Deutsch mussten das Land verlassen.

Am 1. Mai 1934 wurde eine neue Verfassung verkündet, Österreich zum autoritär geführten Staat. Die Gesellschaft wurde nach ständischen Prinzipien neu geordnet. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde verboten, ebenso die Gewerkschaften und alle sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen. Die Vaterländische Front war die einzige erlaubte politische Organisation.

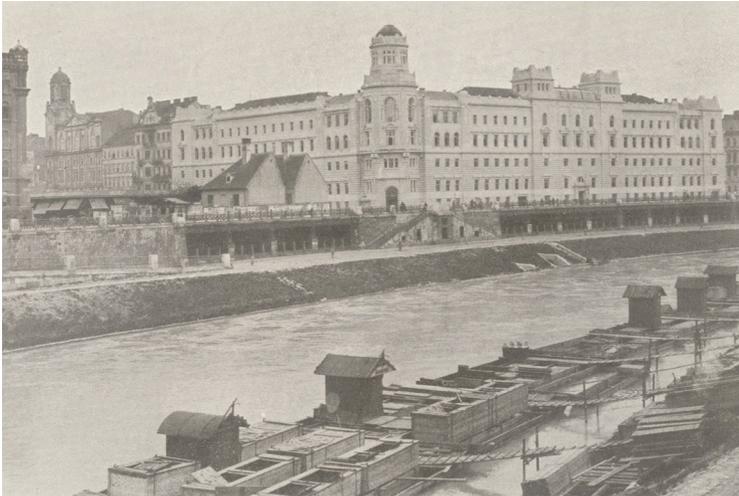
Damit war der Übergang zu einem autoritären Regime abgeschlossen.

Im Juli 1934 kam es zu einem Putschversuch von SS-Einheiten, bei dem Dollfuß ermordet wurde. Der Putschversuch wurde rasch niedergeschlagen. Zum neuen Bundeskanzler wurde Kurt Schuschnigg.

Die Februarkämpfe hinterließen eine tiefe Spaltung in der österreichischen Gesellschaft und trugen dazu bei, den Weg für das spätere Einverleiben Österreichs in das nationalsozialistische Deutschland im Jahr 1938 zu ebneten.

LIED VON DER ROSSAUERLÄNDE

Marie Jahoda



Das Polizeigebäudes Rossauer Lände am Wiener Donaukanal. © Wienbibliothek im Rathaus

Weil wir im christlichen Ständestaat leben,
weil uns Faschisten die Bruderhand geben,
weil wir den Kampf um die Freiheit nicht lassen,
weil wir uns haben erwischen lassen,
weil wir politisch gearbeitet haben,
weil wir dabei nicht Obacht gaben,
sitzen wir hier im Gefangenenhaus,
wissen nicht, wann wir wieder zu Haus.

Das ist das Lied von der Rossauerlände,
wo uns die Tage zu langsam vergehen,
halten im Schoß jetzt die müßigen Hände,
bis wir wieder bei Euch draußen stehen.

aus: Marie Jahoda. 1997. Rekonstruktionen.

WER WAR MARIE JAHODA?

Marie Jahoda (1907 – 2011) ist eine weltbekannte österreichische Sozialwissenschaftlerin. In ihrer Jugend in der Zwischenkriegszeit engagierte sie sich für das sozialdemokratische Rote Wien. Nach dem 12. Februar unterstützte sie den illegalen politischen Widerstand, wurde dafür 1936/37 verhaftet und verbrachte acht Monate im Gefängnis. Aufgrund internationaler Proteste wurde sie im Juli 1937 freigelassen – mit der Auflage, auf die österreichische Staatsbürgerschaft zu verzichten und das Land sofort zu verlassen.



Marie Jahoda, 1940 © AGSÖ Nachlass Marie Jahoda

Jahoda wurde als drittes von vier Kindern von Carl und Betty Jahoda am 26. Januar 1907 in Wien geboren. Aus einem assimilierten jüdischen Elternhaus kommend, waren Eltern, Geschwister und sie selbst wie viele jüdische Familien damals aufgeschlossen für soziale Reformen. Materiell gehörten sie der Mittelschicht an. Ihr Vater besaß ein Geschäft für Lithografie und Zeichenbedarf, das nach seinem frühen Tod von Jahodas Bruder Eduard übernommen wurde.

Bereits als Schülerin schloss sich Marie Jahoda der sozialdemokratischen Bewegung an und wurde zunächst Mitglied des Verbands sozialistischer Mittelschüler. Von der in Wien regierenden sozialdemokratischen Partei wurde sie als Vorsitzende des Verbands sozialistischer Mittelschüler eingeladen, am 1. Mai 1926 eine Rede zu halten. Dies war eine besondere Auszeichnung im Roten Wien, das seit Ende des Ersten Weltkriegs auch international viel beachtete Reformen im Wohn-, Sozial- und Schulbereich verwirklichte. In ihrer Rede forderte Jahoda eine unentgeltliche Schule für alle bis zum Alter von 18 Jahren. Ein paar Tage später wurde sie zum Direktor der Schule zitiert und erhielt für ihre Mitwirkung an der Maifeier eine schlechtere Betragensnote im Maturazeugnis.

Nach der Matura studierte sie Psychologie an der Universität Wien und absolvierte gleichzeitig die Ausbildung zur Volksschullehrerin am Pädagogischen Institut der Stadt Wien. Sie engagierte sich weiterhin politisch für die Sozialdemokratie, wirkte in Sommercamps mit und hielt zahlreiche Vorträge in Volkshochschulen und Teilorganisationen der sozialdemokratischen Partei zu verschiedenen Themen, wie „Fragen der Schule“, „Geschichte der Arbeiter-

bewegung“, „Die geistige und wirtschaftliche Lage Frankreichs 1929/30“. Sie verstand diese Tätigkeit als Beitrag zur politischen Bildung der Jugendlichen.

1927 heiratete Jahoda den Sozialforscher Paul Lazarsfeld. 1930 wurde die gemeinsame Tochter Lotte geboren. 1931 begann sie gemeinsam mit anderen jungen Wissenschaftler:innen und unter der Leitung von Lazarsfeld mit der später weltberühmt gewordenen Marienthalstudie. Ziel der Studie war die Analyse der Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit auf das Zusammenleben in einer Gemeinde und auf die politischen Einstellungen.



Marie Jahoda mit Tochter Lotte 1936
© AGSÖ Nachlass Marie Jahoda

innehabe. Während ihrer Haft wurde sie mehrfach stundenlang verhört, Kreuzverhöre, während denen sie stehen musste, fanden oft in der Nacht statt. Marie Jahoda blieb standhaft und gestand nur jene Tatsachen, die sich nicht leugnen ließen. Namen anderer im Untergrund tätiger Revolutionärer Sozialisten nannte sie nicht.

Im Prozess, der am 4. Juli 1937 stattfand, wurde sie schließlich nicht wegen Gründung und Führung einer illegalen staatsfeindlichen Verbindung angeklagt, sondern „nur“ wegen der Teilnahme und Unterstützung dieser. Sie blieb dennoch in Haft. Etwa zwei Wochen später wurde ihr die Freiheit angeboten, allerdings unter der Bedingung, dass ihr die österreichische Staatsbürgerschaft aberkannt würde und sie Österreich als Staatenlose sofort zu verlassen habe. Vorausgegangen waren diesem Angebot internationale Interventionen aus der Schweiz, Frankreich und Großbritannien. Obwohl ihr die Entscheidung nicht leichtfiel, stimmte Jahoda zu und kam frei.

Sie emigrierte nach Großbritannien. Wegen der politisch unsicheren Situation in Europa entschieden die Eltern, dass die damals sechsjährige Tochter Lotte mit dem Vater Paul Lazarsfeld

Das Ende der Demokratie 1933, die Errichtung einer Diktatur und das Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen 1934 empfand Jahoda als unerträglich. Sie beschloss, die Revolutionären Sozialisten – so nannten sich Aktivist:innen der Sozialdemokratie, die illegal, also trotz des gesetzlichen Verbots, politisch aktiv waren – zu unterstützen. Für Jahoda begann damit ein Doppelleben: sie leitete die von Lazarsfeld begründete Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle und organisierte neben der beruflichen Tätigkeit geheime Sitzungen, verteilte Informationen für die illegalen Aktivist:innen. Zugleich war sie alleinerziehende Mutter; Lazarsfeld ging 1933 nach New York, die Ehe wurde 1934 geschieden.

Am 27. November 1936 wurde Marie Jahoda in der Forschungsstelle verhaftet. Ihr wurde Hochverrat vorgeworfen, konkret, dass sie an der Gründung der Revolutionäre Sozialisten beteiligt gewesen sei und bei diesen eine führende Rolle

in die USA gehen sollte. Jahoda hatte in England keine feste Beschäftigung, konnte jedoch nach Anfangsschwierigkeiten ihren Lebensunterhalt durch Forschungsprojekte bestreiten. Sie beteiligte sich an den sozialdemokratischen Exilorganisationen, unterstützte darüber hinaus England im Kampf gegen den Nationalsozialismus und half Familienangehörigen bei der Flucht vor dem NS-Regime.

1945 reiste sie in die USA und konnte dort erstmals nach fast acht Jahren ihre Tochter Lotte wiedersehen. 1953 erhielt sie ihre erste Professur an einer Universität. 1958 zog sie erneut nach Großbritannien und setzte ihre erfolgreiche wissenschaftliche Karriere fort. 2001 verstarb sie. Ihr Ziel als Wissenschaftlerin war eine lebensnahe Sozialforschung. Ihre Studien zur Arbeitslosigkeit und die von ihr entwickelte Theorie der latenten Funktionen der Erwerbsarbeit werden heute noch vielfach zitiert. Darüber hinaus hinterließ sie ein umfangreiches wissenschaftliches Werk.



Biographie von Marie Jahoda. Eine Biographie Marie Jahodas, verfasst von Christian Fleck, enthält Band 1 einen neuen Marie Jahoda-Edition: Marie Jahoda. 2017. Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850-1930. Dissertation 1932, hrsg. Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler. Innsbruck: Studienverlag.

DAS SYSTEM DER MEHRFACHBESTRAFUNG

Ein Kennzeichen autoritärer Regime ist der Versuch, andere staatliche Einrichtungen – wie etwa die Justiz – unter ihre Kontrolle zu bringen. So versuchen sie, die Unabhängigkeit der Richter:innen und der Gerichte aufzuheben. Entsprechend diesem Bestreben hob das Dollfuß-Schuschnigg-Regime Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit der Richter:innen auf. Zudem wurden bei Gericht nur mehr „vaterlandstreu“ Bürger:innen als Schöffen zugelassen, wodurch eine möglichst strenge Bestrafung politischer Gegner:innen erreicht werden sollte. 1933 wurde zudem die Todesstrafe wieder eingeführt, die bei Mord, Brandlegung und öffentlicher Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums verhängt werden konnte.

Autoritäre Regime erlassen weiters Gesetze und Verordnungen, um politische Gegner:innen auszuschalten. Im Dollfuß-Schuschnigg-Regime wurde dazu ein System der Mehrfachbestrafung eingeführt, von dem auch Marie Jahoda betroffen war. 1933 erhielt die Polizei die gesetzliche Befugnis, umfangreiche Verwaltungs- und Haftstrafen zu verhängen. Aufgrund des Verdachtes, die von Jahoda geleitete wirtschaftspsychologische Forschungsstelle sei eine Nachrichtenstelle der verbotenen Revolutionären Sozialisten, saß Jahoda mehrere Monate in der sogenannten „Anhaltehaft“. Danach wurde über sie die Untersuchungshaft bis zur Hauptverhandlung am Gericht verhängt. Vorgeworfen wurde ihr die Gründung einer und eine leitende Rolle in einer verbotenen politischen Untergrundbewegung.

Im Gerichtsprozess wurde sie zu drei Monaten Haft verurteilt, die sie zum Zeitpunkt des Urteils bereits verbüßt hatte. Freigelassen wurde sie allerdings nicht, da die Polizei sie nach wie vor als gefährlich betrachtete und weiterhin in Gewahrsam nahm. Nur durch internationale Interventionen wurde sie – wie oben dargestellt – schließlich entlassen und der Teufelskreis der Mehrfachbestrafung unterbrochen.



Im Buch „Akteneinsicht. Jahoda in Haft“ stellt Andreas Kranebitter ausführlich die Veränderungen in der Gerichtsbarkeit und das System der Dreifachbestrafung während des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes können dar.

QUELLEN

- Bauer, Kurt. 2014. Hitlers zweiter Putsch: Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934. St. Pölten Salzburg Wien: Residenz Verl.
- . 2019. Der Februaraufstand 1934: Fakten und Mythen. Wien: Böhlau Verlag.
- Brandauer, Karin, Regie. 1988. Einstweilen wird es Mittag. ORF Marketing & Creation GmbH & Co KG (dokumentarischer Spielfilm auf der Grundlage der Marienthal-Studie).
- Fleck, Christian. 2017. Marie Jahoda - ein Porträt. In: Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850-1930: Dissertation 1932, herausgegeben von Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster, und Meinrad Ziegler, 267–362. Transblick. Innsbruck Wien Bozen: Studien Verlag.
- . 2022. „Politisch engagiert, am Beispiel Marie Jahoda“. In: Akteneinsicht: Marie Jahoda in Haft, 167–230. Innsbruck Wien: StudienVerlag.
- Jahoda, Marie, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel. 2021. Die Arbeitslosen von Marienthal: ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit: mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. 28. Auflage. Edition Suhrkamp 769. Frankfurt am Main Leipzig: Suhrkamp Verlag.
- Kranebitter, Andreas. 2022. „Anhaltende Kämpfe. Polizei und Justiz im Kampf gegen die linke Opposition 1934-1938“. In: Akteneinsicht: Marie Jahoda in Haft, herausgegeben von Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster, und Meinrad Ziegler, 91 – 165. Innsbruck Wien: Studienverlag.
- Rathkolb, Oliver. 2016. Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918-1945). In Geschichte Österreichs, herausgegeben von Thomas Winkelbauer, 477–524. Stuttgart: Reclam.
- Tálos, Emmerich, und Florian Wenninger. 2017. Das austrofaschistische Österreich: 1933-1938. Politik und Zeitgeschichte, Band 10. Wien: Lit.
- Vocelka, Karl. 2019. Österreichische Geschichte. 5., Aktualisierte Auflage, Originalausgabe. C.H. Beck Wissen 2369. München: C.H.Beck.
- Wenninger, Florian. 2016. „Die Zilli schießt!“. Frauen in den Februarkämpfen 1934. Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften. 27(3), 117-143.
- Wenninger, Florian und Lucile Dreidemy, Lucile (Hrsg.). 2013. Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. Wien Köln Weimar: Böhlau.
- Ziegler, Meinrad, und Waltraud Kannonier-Finster. 2016. Österreichisches Gedächtnis: über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit. Erweiterte Neuauflage. Transblick 12. Innsbruck: StudienVerlag.

Digitale Quellen:

Marie Jahoda – Otto Bauer Institut: jbi.or.at

Gesellschaft für Kulturpolitik – 12. Februar 1934: 12februar1934.at/de

Kulturverein Museum Marienthal-Gramatneusiedl. o. J. „Museum Marienthal“. www.gramatneusiedl.at/Museum_Marienthal.

Impressum

Medieninhaber: Marie Jahoda – Otto Bauer Institut / Verein zur Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Politik

Herausgeber des Buches: Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster, Meinrad Ziegler im StudienVerlag

Für den Inhalt verantwortlich: Johann Bacher, Barbara Hinterleitner, Georg Hubmann, Waltraud Kannonier-Finster, Meinrad Ziegler

Fotocredits: VGA Archiv, Wienbibliothek im Rathaus, AGSÖ Nachlass Marie Jahoda